Artikel vom 10.02.2021 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 17:27 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/unionsagrarier-im-bundestag-legen-positionspapier-vor

# Unionsagrarier im Bundestag legen Positionspapier vor




Foto: landpixel

Die Agrarpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigen die Notwendigkeit, die Vorzüge heimischer Lebensmittel stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken. Unter dem Titel „Vertrauen sichern, Perspektiven aufzeigen, Weichen stellen“ spricht sich die Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der Fraktion in einem Positionspapier unter anderem für die Einrichtung einer zentralen Agentur für Agrar- und Lebensmittelmarketing aus. Flankierend dazu solle „eine dezentrale Dialog- und Informationsoffensive“ gestartet werden, um die Wertschätzung der Landwirtinnen und Landwirte in der Gesellschaft zu stärken. Handlungsbedarf sehen die Parlamentarier zudem vor allem bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Auf europäischer Ebene müsse sowohl eine verpflichtende Haltungskennzeichnung von tierischen Produkten als auch eine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln generell vorangetrieben werden. Dabei gehe es darum, dass die Wertschöpfung der heimischen Landwirtschaft und Transportwege für Verbraucherinnen und Verbraucher sichtbar würden.

Zurückhaltend äußern sich die Unionspolitiker zur Preisdiskussion in der Landwirtschaft. Einen gesellschaftlichen Konsens über „faire Preise“ gebe es nicht, und die könnten auch nicht „am grünen Tisch“ festgelegt werden. Gleichwohl befürwortet die Arbeitsgruppe

eine „öffentliche und wissenschaftlich fundierte Diskussion“ über faire Preise für Lebensmittel, um das Bewusstsein für die Auswirkungen von Kaufentscheidungen zu stärken. Die Abgeordneten bescheinigen der deutschen Landwirtschaft, dass sie hochwertige Lebensmittel produziere und dabei Standards einhalte, „die überwiegend weit über den Standards von Wettbewerbern aus Drittländern und oft auch über den Standards anderer EU-Mitgliedstaaten liegen“. Umso wichtiger sei es, „für heimische regionale Produkte in Deutschland, aber auch in der Welt zu werben“. *AgE*

Status und Standpunkte

Die von den Unionspolitikern angestrebten Ziele und Maßnahmen begründen sich unter anderem auf folgenden Feststellungen und Wahrnehmungen:

Ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Obwohl faire Preise nicht am grünen Tisch festgelegt werden sollten, hätten Angebot und Nachfrage Grenzen. Gemessen an einer Vollkostenrechnung seien die Preise in Deutschland zu niedrig.

Hohe Sozial- und Umweltstandards würden nicht hinreichend anerkannt und honoriert. Das sollte aber grundsätzlich freiwillig erfolgen und wenn dies nicht möglich sei, durch intelligente Anreiz- und Fördersysteme vorangetrieben werden.

Verändert sich der Umgang in der Wertschöpfungskette aus Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Lebensmitteleinzelhandel nicht, drohen der Verlust gesellschaftlicher Akzeptanz und die Abkehr von marktwirtschaftlichen Preismechanismen.

Bekenntnis zur flächendeckenden Bewirtschaftung der deutschen Kulturlandschaft und Erhalt familiengeführter bäuerlicher Landwirtschaft.

Die wirtschaftliche Lage beeinträchtigt die Motivation des Nachwuchses für den Beruf.

Grundvoraussetzung für angemessene Preise ist ein besseres Image.

Ziele im Klima-, Umwelt-, Insekten-, Wasser-, Boden- und Artenschutz müssen auch über neue Geschäftsmodelle erreicht werden.

Kooperationen auf Augenhöhe (zum Beispiel zwischen mehreren Familienbetrieben) müssen gestärkt werden. Mehrfamilienbetriebe sind regional verwurzelter Mittelstand.